Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag "Deutschland braucht Mindestlöhne" am 14. Juni 2007

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
CDU/CSU	0	200	0
SPD	4	193	1
FDP	0	38	0
DIE LINKE.	49	0	0
B 90 / Grüne	46	0	0

SPD blockiert und heuchelt

In der Öffentlichkeit sammelt die SPD seit einiger Zeit Unterschriften für den gesetzlichen Mindestlohn, als Regierungspartei aber verhindert sie ihn weiter.

DIE LINKE. hat einen Antrag eingebracht, in dem sie die Forderungen der SPD-Unterschriftenaktion eins zu eins übernommen hat. Die Forderung nach tariflichen Mindestlöhnen und - wo diese zu niedrig sind - nach einem gesetzlichen Mindestlohn in der Höhe der Mindestlöhne vergleichbarer europäischer Länder ist zentraler Bestandteil des Antrags.

Die SPD hätte bei der Abstimmung am 14. Juni zeigen können, dass sie dem Wohl der Menschen verpflichtet ist, die zu Armutslöhnen arbeiten.

SPD stimmt gegen sich selbst

Mit fadenscheinigen Ausreden stimmte die SPD jetzt gegen die Forderungen ihrer eigenen Unterschriftensammlung. Damit nimmt sich die SPD selbst nicht ernst. Schlimmer noch: Sie nimmt die Menschen, die noch immer zu Armutslöhnen arbeiten müssen, nicht ernst. Beides ist eine Bankrotterklärung.

Die politische Schizophrenie der Sozialdemokratie kann auch deren arbeitsmarktpolitischer Sprecher, Klaus Brandner, nicht überdecken. Für ihn sind die eigenen Worte, wenn sie von anderen ausgesprochen werden, nichts als Propaganda. Die SPD wirbt öffentlich für den Mindestlohn und lehnt ihn gleichzeitig im Parlament ab.

Deutschland braucht Mindestlöhne

Millionen Menschen in der Bundesrepublik arbeiten noch immer zu Hungerlöhnen - die Wachschützerin mit einem Stundenlohn von 4,70 Euro, der Friseur mit 3,50 Euro, die Kellnerin mit 5,10 Euro. Noch immer verweigert ihnen die Bundesregierung einen Lohn, der ein Leben in Würde möglich machen würde.

"Die Koalitionsdisziplin ist ihnen wichtiger als die Erreichung eines so wichtigen Ziels", entlarvt Gregor Gysi das Treiben der SPD. 3,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte in Deutschland verdienen weniger als 900 Euro netto im Monat. SPD und CDU/CSU bieten diesen Menschen nichts außer arroganten Reden.

DIE LINKE. BUNDESTAG